

12. Juni 1915

123

Der Wiederaufbau in den im Krieg verwundeten Ländern.

Der Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich Hofrat Dr. Marešch gab eine Erklärung ab, in der er den von der heutigen Versammlung verfolgten Tendenzen zustimmte und darauf hinwies, daß es eine hohe sozialpolitische Aufgabe bedeute, gesundheitlich, sittlich und ökonomisch wirksame Wohngelegenheiten zu schaffen. Der Wiederaufbau zerstörter Gebiete gibt Gelegenheit, die von Wissenschaft und Praxis als richtig erkannten Grundsätze der Wohnungsreform zur Geltung zu bringen. Hofrat Marešch betont, daß die Ziele der Wohnungsreform nur dann erreicht werden können, wenn bei der Vorbereitung und Durchführung des Aufbaues zerstörter Gebiete die Kräfte des ganzen Reiches zusammengefaßt und organisiert werden.

Der Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Kommerzialrat Vetter betont, daß der Bund österreichischer Industrieller bereit sei, auch in Zukunft an allen weiteren Arbeiten nach Kräften mitzuwirken. Er finde es selbstverständlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Orte als Pflicht der Gesamtheit aufgefaßt werde. Namens der österreichischen Industrie müsse er verlangen, daß der Gedanke der Solidarität nicht bloß bei der Entschädigung und den Wiederaufbauarbeiten zur Geltung komme, sondern daß auch die gesamte Industrie Oesterreichs hiezu herangezogen werde. Die österreichische Industrie habe einen Anspruch darauf, daß ihr in ihrer Gesamtheit der ihr gebührende Anteil an den Wiederherstellungsarbeiten gesichert werde.

Oberbaurat Engelmann bedauert es, daß die bisherige Aktion des Gewerbevereines bei der Regierung bloß theoretisches Wohlwollen gefunden habe. Die hier vertretenen Faktoren, die das gesamte wirtschaftliche Leben

verkörpern, haben ein Recht, zu fordern, daß die vorgebrachten Wünsche gehört werden. Die ganze Frage muß als Reichsangelegenheit behandelt werden. Er beantragt, die Versammlung wolle beschließen, die Vertreter in dem Aktionskomitee dahin zu verpflichten, daß sie mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß der Wiederaufbau der durch den Krieg betroffenen Gebiete als Angelegenheit des ganzen Reiches aufgefaßt und derart behandelt werde, daß die Vertreter der Technik, der Industrie, des Handels und Gewerbes in den einzelnen Kronländern bei Durchführung der bezüglichen Arbeiten in entsprechender Weise volle Berücksichtigung erfahren und die Aktion selbst vor der breitesten Öffentlichkeit durchgeführt werde.

Der Konsulent für Heimatschutz im Arbeitsministerium Dr. Giopanni begrüßt die vorliegende Aktion auf das wärmste.

Reichsrats-Abgeordneter Mag. Friedmann betont, daß die Regierung sich bei Durchführung der in Angriff genommenen Aktion unbedingt der Mitwirkung aller erwerbenden Stände bedienen müsse. Die Regierung allein könne mit der großen Frage ohne Mithilfe aller an dem Wiederaufbau interessierten Faktoren keine für die Gesamtheit erspriessliche Lösung finden.

Kaiserl. Rat Schmidt (Brody) begrüßt die vorliegende Aktion namens Galiziens auf das wärmste und weist auf die Notwendigkeit hin, das Gesetz über die Arbeiterwohnungen zu reformieren und in Galizien das kleine Ziegelformat einzuführen.

Die vorgeschlagene Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Beratung des Polenklubs.

Nachdem die aus Anlaß der Befreiung von Warschau einberufene Festsitzung am 10. August geschlossen wurde, wurde vom Obmann Ritter v. Bilinski für die Fragen des Wiederaufbaues des Landes eine besondere Sitzung des Polenklubs anberaumt. Die Beratungen dauerten am 10. August von 6 bis 9 Uhr abends und hierauf den 11. August den ganzen Tag über. Der Obmann Ritter v. Bilinski teilte mit, daß der Minister für Galizien wegen der Refonvaleszenz, in der er sich befindet, an der Sitzung nicht teilnehmen könne. Auf die Kunde von dem Ableben des polnischen Dichters Jerzy Zulawski widmet der Obmann dem Verstorbenen einen warmen Nachruf.

Beim Uebergang zur Tagesordnung erstattete der Obmann den Bericht über die Tätigkeit des Klubpräsidiums in der Zeit von der letzten, am 20. Februar d. J. abgehaltenen Sitzung und legte die bei der Regierung wegen der Wiederherstellung der Landwirtschaften unter Einleitung einer Aktion zum Wiederaufbau des Landes unternommenen Schritte dar. An der nun folgenden Debatte nahmen fast alle anwesenden Mitglieder des Polenklubs teil. Die eingebrachten zahlreichen, auf den Wiederaufbau des Landes bezugnehmenden Anträge wurden am Schlusse der Sitzung angenommen.

Wie aus Krakau gemeldet wird, hat der Polenklub beschlossen, in einer an die Regierung gerichteten Denkschrift zu fordern:

1. Daß den städtischen Gemeinden aus Staatsmitteln Beträge zur Deckung der Ausgaben für sanitäre Vorkehrungen, für die Herstellung vernichteter öffentlicher Gebäude, Wasserleitungen usw. zur Verfügung gestellt werden.

2. Daß der Staat auch für die Okkupationszeit Mietzinsen bezahle.

3. Daß die Versicherungsgesellschaften bestimmt werden, auch für im Kriege entstandene Feuerjähden aufzukommen. Die Gegenleistung hierfür an die Gesellschaften wäre aus Staatsmitteln zu decken.

4. Daß bewegliche Approvionierungs- und Sanitätsstationen eingerichtet werden.